

Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.bürgerbrief-für-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe November 2018

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausklick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) sowie das [Impressum](#) mit Haftungsausschluss und Angaben zum Datenschutz finden Sie auf unserer Homepage.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikel-Vorschläge (mit Link) an: info@bürgerbrief-für-frieden-und-demokratie.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag").

Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion, 2018-05-25

Inhalt dieser Ausgabe

- **Editorial**
- **Norbert Häring: Das Migrationsabkommen als letzter Sargnagel für die linken Parteien**
- **Vera Lengsfeld, Initiatorin der Erklärung 2018, im Gespräch mit Dieter Stein**
- **Herbert Ludwig: Der UN Migrationspakt und die unverbindliche Verbindlichkeit**
- **Hannes Hofbauer: "Kriege stoppen! Das wäre das oberste Gebot"**
- **Joakim Demmer: Das grüne Gold - Ein Film über Landraub in Äthiopien**
- **Bernhard Schwarz: Caritas, Amnesty International, Soros: Weltverbesserer oder Instrument Superreicher?**
- **Abed Schokry: Die Zustände in Gaza**
- **Katrin McClean: Der unsichtbare Krieg**
- **Karin Leukefeld: Das "neue Format" im "Großen Spiel" um Syrien: Der Vierer-Gipfel in Istanbul**
- **US-Präsident Trump kündigt Ausstieg aus dem INF-Vertrag an**
- **Mehr Demokratie: Volksentscheide stärken**
- **Wolfgang Picken: Wir sind gefragt – das Beispiel Pflege und Sterben**

Zitat des Monats von [Konfuzius](#):

**Wenn Worte ihre Bedeutung verlieren,
verlieren Menschen ihre Freiheit.**

Editorial

Schwerpunkt dieser Ausgabe ist der **UN-Migrationspakt**, der inzwischen auch in den großen Medien ein Thema ist – allerdings ohne den erforderlichen Informationsgehalt. Dieses bereits seit einem Jahrzehnt entwickelte Projekt, das vor allem dank der alternativen Presse den Weg in eine breitere Öffentlichkeit gefunden hat, soll nun im Dezember in Marrakesch von den meisten UNO-Staaten unterzeichnet werden. Nicht zur Unterschrift bereit sind neben den USA inzwischen einige Staaten aus dem östlichen Mitteleuropa. In mehreren Beiträgen wird von verschiedenen Seiten beleuchtet, was dieser Pakt beinhaltet und bedeutet. In einem Video mit Vera Lengsfeld wird beschrieben, wie selbst eine demokratisch völlig einwandfreie **Kritik an der Migrationspolitik auf schäbige Art und Weise bedroht** und behindert wird. Im nächsten Beitrag (Herbert Ludwig) verlinken wir den Text des Paktes sowie den **Text der Bundestagspetition** gegen den Pakt, die auf der Webseite des Bundestages leider nicht mehr einsehbar ist. Hannes Hofbauer übt **Kritik an den Kriegen des Westens**: diese sind Hauptursache für die Migration und daher zu stoppen.

Dazu passt ein Film über den **Landraub** in Äthiopien, der einen weiteren Migrationsgrund beleuchtet. Das Wirken ausländischer Akteure in diesen Ländern geschieht oft auch mithilfe von **NGOs**. Bernhard Schwarz berichtet, dass nach USA, Ungarn, Russland, China nun auch Indien **strenge Kontrollen** von deren Tätigkeiten durchführt.

Weitere Artikel berichten über die schrecklichen Lebensumstände und das dadurch unwürdige Leben im **Gazastreifen** sowie über die aktuelle Situation in **Syrien** und die oft falsche Berichterstattung darüber. Der angekündigte Ausstieg der USA aus dem 30 Jahre alten **INF-Abrüstungsabkommen** wird von verschiedenen Seiten kritisch bewertet.

Es gibt auch gute Nachrichten: In Hessen und Bayern wird es durch deutlich herabgesetzte Quoren einfacher, die Landesverfassungen per **Volksentscheid** zu ändern. Und in Bonn hat sich aus einem konkreten mitmenschlichen Anlass eine nachhaltige Nachbarschaftsgemeinschaft gebildet: in solchen **zivilgesellschaftlichen Aktivitäten** sehen wir eine Basis von Demokratie.

[Inhalt](#) ↑

• Norbert Häring: **Das Migrationsabkommen als letzter Sargnagel für die linken Parteien**

Am 10./11.12.2018 wollen die Bundesregierung und die meisten übrigen UN-Mitgliedsländer in Marokko ein Globales Abkommen zur Förderung der Arbeitsmigration unterzeichnen. Es ist die Frucht langer intensiver Lobbyarbeit der großen internationalen Konzerne.

Wenn es nach dem finalen Entwurf geht, dann ist freiwillige Migration gut für alle, sofern sie gut gemanagt wird: für die Migranten selbst, für die Zielländer als Arbeitskräfteangebot an die Unternehmen und zur Minderung der Bevölkerungsalterung sowie für die Herkunftsländer als Entlastung des Arbeitsmarkts und zur Linderung von Armut durch Geldtransfers.

Das sieht z.B. der mexikanische Entwicklungsökonom Raul Delgado Wise ganz anders und stellt fest: "Wenn man sich die Daten anschaut, ist [Migration eine Subventionierung des Nordens durch den Süden](#)." Das bestätigen sowohl eine aktuelle Studie der US-Großbank Citi als auch der IWF.

Der Autor zieht das Resümee: "Förderung der Arbeitsmigration nach der Façon der im Weltwirtschaftsforum organisierten Großkonzerne, wie sie sich im UN-Migrationsabkommen niederschlägt, schadet sowohl den Arbeitnehmern in den Zielländern als auch den Herkunftsländern der Migranten. Nutznießer sind die Unternehmen und Kapitalbesitzer in den Industrieländern. Linke Parteien, die so etwas mittragen, sind dem Untergang geweiht und haben ihn verdient."

Es musste erst das Nein der Österreicher zu dem Dokument kommen, um den UN-Migrationspakt auch in Deutschland ein Stück in den öffentlichen Fokus zu rücken. Aber die [Bundesregierung hat bisher kein Interesse an einer breiten Debatte](#). Annette Berger meint dazu: "Einsame Entscheidungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit sind in einer Demokratie nicht vorgesehen. Wir Bürger verstehen nicht, warum über einen so wichtigen Pakt mit uns nicht diskutiert wird."

[Am 08.11.2018 wurde im Bundestag](#) auf Antrag der AfD kontrovers über den UN-Migrationspakt diskutiert {6} und deren [Antrag 19/5530](#) an den Auswärtigen Ausschuss überwiesen. Der von Vertretern der FDP eingebrachte [Antrag 19/5534](#), ein Einwanderungsgesetzbuch zu entwerfen, wurde an mehrere Ausschüsse überwiesen. Wie zu erwarten, haben die Grünen die Zustimmung zum UN-Migrationspakt beantragt; deren [Antrag 19/5547](#) wurde an den Auswärtigen Ausschuss überwiesen.

Weder die Bundestagsdebatte noch die Stellungnahmen der an der Bundesregierung beteiligten Parteien ([CDU](#), [SPD](#)) helfen, die von Häring, Wise, Ludwig oder Hofbauer erhobenen Bedenken zu zerstreuen (Red.)

Nach den USA, Australien und Ungarn haben inzwischen auch China, Japan, Südkorea, Israel, Österreich, Tschechien, Polen, Slowenien, Bulgarien, Kroatien, Dänemark, Italien, Niederlande, Schweden und die Schweiz angekündigt, das [UN-Migrationsabkommen gar nicht oder nicht in dieser Form zu unterschreiben](#). Auch [Estland](#) wird das Abkommen ablehnen. (Stand: 16.11.2018)

[Norbert Häring](#), Jg. 1963, Volkswirt; seit 1997 Wirtschaftsjournalist (Gründer der 'Financial Times Deutschland'), seit 2002 beim Handelsblatt. Häring betreibt eine eigene Homepage. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

• **Vera Lengsfeld, Initiatorin der Erklärung 2018, im Gespräch mit Dieter Stein** (Video, 0h29)

Vera Lengsfeld hat im März 2018 eine Petition zur widerrechtlichen Öffnung der Grenzen 2015 lanciert, der sich über 165'000 Menschen per Unterschrift angeschlossen haben. Der Petitionsausschuss des Bundestages hatte die Unterschriften zwar zunächst angenommen, aber dann gefordert, dass die [Petition nur dann im Bundestag behandelt](#) werden kann, wenn mind. 50'000 Unterschriften innerhalb einer engen Frist auf dem Formular des Petitionsausschusses abgegeben werden.

Trotz zahlreicher Schikanen haben daraufhin erneut mehr als 60'000 Menschen innerhalb von zwei Wochen diese Bedingung erfüllt. Die Schikanen auch seitens der Antifa gingen weiter mit Drohungen gegen Unterzeichner im privaten Bereich. Vera Lengsfeld bedauert, dass wir praktisch keine Opposition mehr haben und ruft dazu auf, unsere demokratischen Institutionen wieder neu aufzubauen, indem entsprechender Druck von den Bürgern kommt.

Die Erklärung wurde am 08.10.2018 im Petitionsausschuss des Bundestages behandelt. Die Art der Behandlung zeigt aber, dass die "Blockparteien" sich weiterhin mit falschen Argumenten über Recht und Gesetz hinwegsetzen und die berechtigte Kritik an der widerrechtlichen Grenzöffnung abschmettern.

Auch Herbert Ludwig stellt in dem Beitrag zu den [Verdrehungen und Täuschungen im Petitionsausschuss zur Erklärung 2018](#) die Rechtslage *sehr sachlich* (Red.) dar und weist nach, dass seitens der Regierung und leider auch der Parlamentsmehrheit bis heute klar rechtswidrig gedacht und gehandelt wird.

[Vera Lengsfeld](#), Jg. 1952, studierte Geschichte und Philosophie, gehörte zur Opposition in der DDR, 1990 bis 2005 Mitglied im Deutschen Bundestag ([Bündnis 90/Die Grünen, CDU](#)); freie Autorin. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Herbert Ludwig: Der UN Migrationspakt und die unverbindliche Verbindlichkeit**

Bereits in einem Beitrag vom Januar 2017 hat der Autor ausführlich klargestellt, dass eine moralisch und zum Teil christlich argumentierende [Willkommenskultur in jeder Hinsicht nicht nur gesetzwidrig](#), sondern auch widerrechtlich ist.

In dem Beitrag vom Mai 2018 stellt er nun dar, [dass diese widerrechtliche Politik weiter voranschreitet](#). Ein "Globaler Pakt für Migration" der UNO soll dafür sorgen, dass kein Migrant zurückgewiesen werden kann. Dazu bedient man sich der angloamerikanischen (und in Deutschland bisher unbekannten) Einrichtung eines "soft law", welches im Unterschied zum "hard law" nur unverbindliche Selbstverpflichtungen enthält. Indem die Regierungen sich darauf einlassen und solchen Verpflichtungen zustimmen, vermeiden sie entsprechende Gesetzgebungen, die in den gesetzgebenden Parlamenten und der darauf schauenden Öffentlichkeit vielleicht schwieriger durchzusetzen wären.

Auf diesem Weg soll am Gesetzgeber vorbei dafür gesorgt werden, dass Menschen an Grenzen nicht zurückgewiesen werden dürfen. Oder in den Worten der Kanzlerin: "Ich kämpfe für den Weg, den ich mir vorstelle, für meinen Plan, den ich habe, ... aus Illegalität Legalität zu machen."

In diesem Sinne ist wohl auch die folgende Meldung zu verstehen (Red.):

Der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages hat die [Petition zum Migrationspakt von seiner Internetseite gelöscht](#), bzw. nicht freigeschaltet. Die eingereichte Petition ist datiert auf den 25. September 2018 und trägt verwaltungstechnisch die Nummer 84222. Wer sie auf der Internetseite des Petitionsausschusses mithilfe der Identifikationsnummer sucht, wird dort zunächst gar nichts finden: Wer weitersucht, findet eine Restdatei der eingereichten Petition und den Verweis: "Diese Petition ist derzeit nicht einsehbar".

Text und Begründung der Petition sind jedoch [hier einsehbar](#). Der heutige Text des Migrationspaktes selbst, der sich wesentlich von der durch das EU-Parlament gebilligten Fassung vom 05.02.2018 unterscheidet und im Dezember 2018 in Marrakesch beschlossen werden soll, ist [hier einsehbar](#) (Red.).

[Herbert Ludwig](#), Jg. 1939, ausgebildeter Rechtspfleger, dann Studium von Pädagogik, Philosophie, Geschichte, Deutsch und Waldorfpädagogik; 27 Jahre Lehrer an Waldorfschule; sein Schwerpunktthema der den inneren und äußeren Bedingungen der Entwicklung des Menschen zur Freiheit lässt ihn den Internet-Blog 'Fassadenkratzer' betreiben. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Hannes Hofbauer: "Kriege stoppen! Das wäre das oberste Gebot"**

In den Medien herrscht die Meinung vor, Migration sei eine Notwendigkeit für unsere Gesellschaft. Bei dieser Darstellung wird sehr oft verschwiegen, wo die Ursachen liegen und was Migration für die Herkunftsländer bedeutet. Man muss wissen: Die so genannte "Große Wanderung der Muslime" 2015 ist die Antwort auf die Kriege der NATO gegen muslimische Länder. [Daher sind diese Kriege zu stoppen!](#)

Zudem erzeugt der "freie Welthandel" soziale Verwerfungen im Süden und Osten mit der Folge, dass dort teuer ausgebildete Arbeitskräfte das Land verlassen und in den Zielländern das Lohnniveau gedrückt werden kann. Dies geschieht ganz im Sinne des die Politik beeinflussenden Kapitals.

Auch auf der Frankfurter Buchmesse führte Hofbauer seine [Kritik an der Migration](#), die Ausdruck für Ungleichheit ist, im Interview aus. (Video, 0h27)

[Hannes Hofbauer](#), Jg. 1955, studierte Wirtschafts- und Sozialgeschichte und arbeitet als Publizist und Verleger. Autor kritischer Bücher u.a. zum Balkankrieg, zur EU-Osterweiterung, zum Einfluss des Kapitals, zum Feindbild Russland. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Joakim Demmer: **Das grüne Gold - Ein Film über Landraub in Äthiopien**

Weltweit existiert derzeit eine massive kommerzielle Jagd nach Ackerland, dem "grünen Gold". Einer der ertragreichsten Orte der Landwirtschaft ist Äthiopien. In der Hoffnung auf Exporteinkommen verpachtet die äthiopische Regierung Millionen Hektar Land an ausländische Investoren. Aber der Traum vom Wohlstand bringt eine der massivsten Zwangsvertreibungen der modernen Geschichte, zerstörte Existenzen kleiner Bauern, politische Unterdrückung und eine Spirale der Gewalt mit sich.

Sowohl die EU als auch die Weltbank und das DFID (Ministerium für internationale Entwicklung Großbritanniens) tragen maßgeblich zu der fatalen Situation bei, indem sie der äthiopischen Regierung Entwicklungsgelder in Milliardenhöhe zur Verfügung stellen.

[Dead Donkeys Film "Das grüne Gold"](#) (1h20, 2017) untersucht diese ausländischen Landinvestitionen und enthüllt ihre Auswirkungen auf das Leben der Betroffenen.

[Joakim Demmer](#), Jg. 1965, studierte Fotografie und Filmregie; Regisseur zahlreicher Reportagen und Dokumentationen unterschiedlicher politischer und sozialer Themen. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Bernhard Schwarz: **Caritas, Amnesty International, Soros: Weltverbesserer oder Instrument Superreicher?**

Nachdem die USA, Ungarn, China und Russland bereits strenge Gesetze gegen gemeinnützige Organisationen verabschiedet haben, geht nun auch die [indische Regierung hart gegen die im Inland tätigen zwei Millionen NGOs](#) vor. Sie überprüfte die NGOs auf Spenden aus dem Ausland, als sich diese vermehrt in die Innenpolitik einmischten. Bereits seit 2015 beobachtet die indische Regierung deren Aktivitäten genau und reglementiert die Annahme von ausländischen Spenden. So wurde z.B. nach zahlreichen Verstößen eine Razzia bei Amnesty International durchgeführt und danach deren Konten gesperrt.

Jahrzehntelang war man in Österreich und Deutschland davon überzeugt, dass gemeinnützige Organisationen unsere Zivilgesellschaft ein Stück besser machen und man diesen Gruppen vertrauen kann. Definitiv gibt es innerhalb dieser Organisationen zahlreiche ehrenamtliche Mitarbeiter, die helfen und die Welt verbessern wollen. Leider werden sie zu Spielbällen von großen Konzernen und Milliardären, die ihren Profit und Einfluss vergrößern wollen.

[Inhalt](#) ↑

- Abed Schokry: **Die Zustände in Gaza**

In einem Brief vom 12.10.2018 beschreibt der Ingenieur Dr. Abed Schokry die Zustände in Gaza. Demnach wird den dort lebenden Menschen z.B. der Strom nicht nur von Israel sondern auch vom Präsidenten Palästinas verweigert; Abbas scheint keinen realen Bezug mehr zu den Menschen in Gaza zu haben. Einzig Qatar und die UNO sorgen dafür, dass alle paar Monate für wenige Stunden am Tag Strom zur Verfügung steht.

Das Einhalten von Menschenrechten und internationalen Rechts scheint den meisten Regierungen egal zu sein. Angesichts des Beschusses von Demonstranten an der Grenze zu

Israel und der in der Luft hängenden Drohung eines militärischen Angriffs durch Israels Militär auf Gaza, fragen sich die Palästinenser, ob sie jemals wieder ein "normales" Leben werden führen können. Warum wurde auf sie geschossen? Weil sie leben wollten, wie alle Menschen auf dieser Welt? Warum werden andere Länder sanktioniert, wenn sie sich nicht an das Völkerrecht und an die Beschlüsse der UNO halten, Israel aber nicht? Warum wird permanent mit zweierlei Maß gemessen?

Zum Glück haben einige Länder versucht, die Streichung der Gelder für das UN-Flüchtlingshilfswerk UNRWA durch die USA etwas auszugleichen. [Trotzdem werden die Zustände immer schlimmer](#). Geschäftsinhaber müssen die Preise für ihre Produkte senken, da die Menschen sonst nichts mehr kaufen können; sie können daher die Miete für den Laden nicht mehr bezahlen und verkaufen auf den Gehwegen. Über eine Viertelmillion junge Menschen mit Universitätsabschluss sind in Gaza auf Arbeitssuche. Es ist fast unmöglich, überhaupt etwas Geld zu verdienen.

Die Weltbank berichtet, dass nach zehnjähriger israelischer Blockade und einer Reihe groß angelegter militärischer Angriffe die [Arbeitslosigkeit nun fast 70% erreicht und die Wirtschaft immer schneller schrumpft](#). Für die humanitäre Not schnürten die EU ein Hilfspaket von 40 Mio. US-Dollar. Der Unmut unter den zwei Millionen Einwohnern im Gazastreifen wächst.

Israels Premierminister Benjamin Netanjahu ignoriert die wiederholten Warnungen seines eigenen Militärs bezüglich einer drohenden Explosion der Situation und hält an der Blockade fest, an der sich auch Ägypten beteiligt. Das UNRWA, das bisher zwei Drittel der Gaza-Bevölkerung mit Nahrung, Bildung und medizinischen Leistungen versorgt, stellt seine Hilfe immer mehr ein. Der von Trump auf der UN-Vollversammlung angekündigte Friedensplan lässt ebenso auf sich warten wie eine Versöhnung zwischen der Hamas und Palästinas Präsident Abbas.

[Inhalt](#) ↑

● Katrin McClean: **Der unsichtbare Krieg**

Im Interview stellt Marco Glowatzki dar, wie in den westlichen Medien falsch über Syrien berichtet wird. So wurden die real kleinen Demonstrationen gegen die Regierung als Demonstrationen für Assad verkauft, die real großen Demonstrationen für Assad als Demonstrationen gegen Assad. Was der Westen als "moderate Rebellen" bezeichnet, sind zum Großteil ausländische Kämpfer bzw. Rekruten, die von Qatar oder Saudi-Arabien bezahlt und von den USA ausgebildet wurden und werden. Diese Förderer machen selbst keinen Unterschied zwischen Islamisten und "moderaten Rebellen", Hauptsache, es geht gegen Assad.

Auch dass die anderen Religionen von den Alawiten unterdrückt würden, ist gelogen: Assad, ein Alawit, ist mit einer Sunniten verheiratet; Weihnachten wird in Kirchen und Moscheen bei offenen Türen gleichermaßen gefeiert; im syrischen Parlament stellen die Sunniten 75% der Abgeordneten und eine Sunnitin ist Parlamentspräsidentin. [Die Menschen fliehen nicht vor Assad sondern vor den islamistischen Söldnerbanden](#).

Die große Not in Syrien ist vor allem durch die Sanktionen des Westens verursacht, die fast das gesamte wirtschaftliche Leben in Syrien zum Erliegen gebracht haben. Das ist eine echte Katastrophe für Syrien. Selbst Geldspenden an Privatpersonen oder Hilfsorganisationen sind nicht möglich, da der internationale Zahlungsverkehr gesperrt ist. Ziel ist es mit diesem Boykott die Bevölkerung gegen Assad aufzubringen.

Es scheint die Aufgabe unserer Medien zu sein, die wahren Gründe zu verschleiern. Es geht um Gas und Öl, also um geostrategische Machtverhältnisse und ganz bestimmt nicht um Demokratie.

[Katrin McClean, Jg. 1963](#), Autorin; als Publizistin der Verbreitung von Feindbildern als Mittel der medialen Kriegsführung auf der Spur; Friedensaktivistin. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Karin Leukefeld: **Das “neue Format“ im “Großen Spiel“ um Syrien: Der Vierer-Gipfel in Istanbul**

Die Staatschefs von Russland, Deutschland, Frankreich und der Türkei haben sich am 28.10.2018 in Istanbul [zum “Vierer-Gipfel“ getroffen, um zu Syrien gemeinsame Themen zu identifizieren](#). Russland wollte mit dem Treffen die verschiedenen Formate zusammenbringen, d.h. die Themen der “Astana-Gruppe“ (Russland, Türkei, Iran), der “Kleinen Syrien-Gruppe“ bzw. “Syrien-Arbeitsgruppe“ (USA, Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Saudi-Arabien, Jordanien, Ägypten), des “Sotschi-Prozesses“ und der Genfer “Syrien-Gespräche“ der UN.

Bisher blockieren sich die in den einzelnen Formaten vertretenen, widersprüchlichen Interessen, die von Leukefeld ausführlich dargestellt werden, gegenseitig. So ist der “Vierer Gipfel“ in Istanbul nach George Jabbour, Vorsitzender der Syrischen Gesellschaft für die UN, ein “Begrüßungstreffen von vier Mächten“ gewesen, die ihre eigenen Interessen in Syrien verfolgten. Russland sei klug, die Türkei ein Grenzen missachtender Übeltäter, Frankreich sei die ehemalige Kolonialmacht Syriens, und Deutschland habe ein Problem mit den syrischen Flüchtlingen.

Daher waren keine Ergebnisse zu erwarten. Für die Bevölkerung in Syrien bleibt der Gipfel uninteressant. Für die Regierung in Damaskus fehlen nicht bloß bei diesem Gipfel die Gewissheit, dass die syrische Souveränität geachtet wird und Versuche, sich in innersyrische Angelegenheiten einzumischen, unterlassen werden.

Karin Leukefeld, Jg. 1954, Studien der Ethnologie, Islam- und Politikwissenschaften, Ausbildung zur Buchhändlerin. Seit 1997 freie Journalistin. Sie ist die einzige deutsche Journalistin mit einer Akkreditierung in Syrien. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **US-Präsident Trump kündigt Ausstieg aus dem INF-Vertrag an**

Aus der Besorgnis vor einer erneuten Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen und mit der Warnung vor den Gefahren eines atomaren Wettrüstens wenden sich Naturwissenschaftler mit einer Initiative an die Öffentlichkeit, an die Politik und an die Friedensbewegung, [das INF-Abrüstungsabkommen gemeinsam zu verteidigen](#). Als bisher einziges Abkommen hat es zur Verschrottung einer ganzen Kategorie von Atomwaffen, also zu realer Abrüstung geführt. Das von Michael Gorbatschow und Ronald Reagan im Dezember 1987 unterzeichnete Abkommen ist eine historische Errungenschaft des weltweiten Abrüstungsprozesses und darf nicht einer wahnwitzigen Aufrüstungs- und Konfrontationspolitik des jetzigen US-Präsidenten Donald Trump und seiner rechtskonservativen Regierung geopfert werden. Nur wenn wir dieses Abkommen verteidigen, kann die Tür zu einer Welt ohne Atomwaffen weiter geöffnet werden. Das Ende dieses Vertrages wäre ein schwerer politischer Schlag auch gegen den Atomwaffenverbotsvertrag.

Wenn es Verletzungen des INF-Abkommens gegeben haben sollte, hat das INF-Vertragswerk dazu klare Regelungen: Die entsprechende Kommission der beiden Unterzeichnerstaaten muss einberufen werden, was aber seit 2017 nicht mehr geschehen ist. (Siehe auch [IPPNW](#))

[Deutschland war 1987 ein unvorstellbares atomares Pulverfass](#). Bis zu 7'000 Atomsprengköpfe waren auf deutschem Boden stationiert. Mit dem INF-Vertrag und der danach erfolgten Vernichtung aller Mittelstreckenraketen Russlands und der USA wurde zugleich das Vertrauen geschaffen, das die deutsche Einheit möglich machte. Wie kein anderes Land hat Deutschland davon profitiert.

Auch wenn die Militärplaner heute China im Blick haben, das den INF-Vertrag nicht unterzeichnet hat und die USA vor einem Ausstieg warnt, so muss konstatiert werden, dass heute bereits wieder Mittelstreckraketen in Europa installiert sind: Von der [NATO in Polen und Rumänien](#) und angeblich auch von Russland.

Sollten die USA den Vertrag aufkündigen, müsse Russland "nach einer Wiederherstellung des Gleichgewichts in diesem Bereich suchen", sagte Kreml-Sprecher Dmitri Peskow. Russland müsse also genau die Systeme entwickeln, die durch das INF-Abkommen bisher verboten sind.

Der Vorwurf seitens der USA besagt, dass Russland [einen seegestützten Marschflugkörper zu einer landgestützten Variante umentwickelt](#) und auch landgestützt eingeführt hat. Washington behauptet, dieser Flugkörper verstoße "gegen das Verbot landgestützter Flugkörper mit mehr als 500 Kilometer Reichweite". Der Nachweis der Existenz eines solchen Flugsystems ist nicht nachvollziehbar, meint der Rüstungsexperte Ottfried Nassauer.

Nach den Gesprächen zwischen dem US-Sicherheitsberater John Bolton und Nikolai Patruschew, dem Sekretär des russischen Sicherheitsrates, konnte Bolton die Sichtweise Russlands viel besser verstehen und meinte, dass [mehr Konsultationen zu Rüstungsverträgen erforderlich](#) seien. In einem Interview mit dem Radiosender Echo Moskwys sagte Bolton, das Hauptproblem des INF-Vertrages sei, dass die betreffenden Waffensysteme nicht mehr ausschließlich von den USA und Russland betrieben würden. Andere Länder, darunter China und Nordkorea, entwickeln und testen solche Systeme, weshalb das Problem nicht nur von den beiden Ländern gelöst werden könne. Auf die angeblichen Vertragsverletzungen Russlands wollte Bolton nicht eingehen.

[Die EU forderte beide Seiten dazu auf, den INF-Vertrag aufrechtzuerhalten](#). Deutschlands Außenminister Heiko Maas kündigte an, sich für eine Rettung des INF-Vertrags einzusetzen, da dieses Abkommen lebenswichtige Interessen Europas berühre.

Die Bedrohung Europas wächst auch dadurch, dass die USA in einem Jahr mit der [Produktion der neuen Atombomben B61-12 beginnt](#), die mit einem Präzisionsleitsystem in Italien, Deutschland, Belgien, den Niederlanden und wahrscheinlich einigen anderen europäischen Ländern stationiert werden.

Für Willy Wimmer sind der Ausstieg aus dem INF und die Aufstockung des US-Atomarsenals "[der größte Sicherheitsverlust](#), den man sich in Deutschland überhaupt denken kann". (Video, 0h09)

[Inhalt](#) ↑

• Mehr Demokratie: **Volksentscheide stärken**

In Bayern und in Hessen kann die Verfassung durch Volksentscheid geändert werden. Das ist auch schon oft geschehen. In Hessen hat eine solche Abstimmung nun wieder parallel zu den Landtagswahlen stattgefunden. Neben anderen Themen ging es dabei auch um die [Senkung der Beteiligungshürde bei Volksentscheiden](#). 80 % der Abstimmenden haben dafür gestimmt, dass in Zukunft nur noch eine Beteiligung von 5 % der Bevölkerung statt bisher 20 % (!) erforderlich sind, damit ein Volksentscheid durchgeführt werden kann. Es wäre schön, wenn auch anderswo Verfassungsänderungen vom Volk direkt durchgeführt werden könnten.

Die Schweiz macht mit direktem Einfluss des Volkes auf die Bundesverfassung seit langem gute Erfahrungen. (Red.)

[Mehr Demokratie e.V.](#), überparteiliche und gemeinnützige Nichtregierungsorganisation, tritt dafür ein, dass Bürger das Recht wahrnehmen können, wichtige Fragen selbst zu entscheiden, wenn sie das wollen – in Gemeinden, in den Bundesländern, auf Bundesebene und in der EU. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Wolfgang Picken: Wir sind gefragt – das Beispiel Pflege und Sterben**

Gegenwärtig werden zwei Drittel aller Pflegeleistungen in Deutschland durch die Familien erbracht, weil viele Menschen den Wunsch hegen, zu Hause vom Leben Abschied zu nehmen. [Das ist nur machbar, wenn die Mitbewohner mitmachen](#), z.B. unterstützt von einem ambulanten Pflegedienst.

Pfarrer Dr. Wolfgang Picken schildert ein Beispiel, bei dem sich die Nachbarn einer alten Frau dank der Werbung von Palliativschwestern zusammengetan haben, um der Frau zusammen mit einem ambulanten Pflegedienst ihre Hilfe anzubieten: Einkaufen, Kochen, Betreuen im Haushalt. "In den wenigen Wochen wurde nun aus anonym Wohnenden eine Hausgemeinschaft. Ihre Nachbarin starb. Begleitet. Zu Hause. Die Hausnachbarn organisierten die Beerdigung und im Anschluss ein gemeinsames Traueressen. Jetzt feiern sie ab und zu gemeinsame Feste. Und wenn jemand aus der Hausgemeinschaft mal Sorgen hat, die Kinder oder die Blumen versorgt werden müssen, ist das kein Problem mehr. Aus der Begleitung einer Sterbenden erwuchs die Gemeinschaft Lebender."

Möglich ist das geworden, weil die Nachbarn unter Anleitung und Organisation des [Kooperationsprojektes der Bürgerstiftung Rheinviertel und dem Bonner Caritas-Verband](#) im Interesse der Menschenwürde zusammengefunden haben.

Das ist ein schönes Beispiel dafür, wie das von Klaus Dörner in seinem Buch "[Helfensbedürftig](#)" beschriebene Bedürfnis, anderen zu helfen, in die Tat umgesetzt werden kann. (Red.)

[Wolfgang Picken](#), Jg. 1967, nach Priesterweihe in Kirchengemeinden in Bergisch Gladbach und dann Bonn tätig; Schwerpunkte/Projekte: Kinder- und Jugend-Pastoral, Messdienerarbeit, soziale Integration, Einzelbegleitung sowie die Sterbe- und Trauerseelsorge. (Red.)

[Inhalt](#) ↑